

Im Reichstag am Sonnabend Präsidentenwahl.

Erzbergers Auslandsstätigkeit — Die Fliegerangriffe außerhalb der Kriegszone — Freiheitsbeschränkungen in Elsaß-Lothringen — Vizepräsident Dove legt sein Amt nieder.

Berlin, 7. Juni.

Der Reichstag erledigte heute zunächst Anfragen. Eine Anfrage betreffend die Art der Bekämpfung des Wap. Erzberger im Auftrag des Auswärtigen Amtes und dahin bezogen, daß Erzberger in einem zur politischen Bekämpfung im Auslande dem Wap. Erzberger niemals erteilt worden sind. Dagegen hat Herr Erzberger sich seit Ausbruch des Krieges erfolgreich bemüht, den amtlichen Vorfälle und Nachrichtendienst zu unterbinden. Mit der fortwährenden Beseitigung des amtlichen Dienstes ist der Wap. dieser Arbeit, mit der sich Herr Erzberger anerkennenswerte Verdienste erworben hat, seit längerem im Gange.

Fliegerangriffe auf Aën
nach wirksamere Schutzmaßnahmen und nach internationalen Umwandlungen, um dem sinnlosen Worden von Frauen und Kindern ein Ende zu bereiten, erklärte General v. Wisberg: Um die Heimat vor Angriffen zu schützen, ist jede Art von Beschränkungen. Die Einstellung von Fliegerangriffen auf Städte außerhalb der Kriegszone kann keinesfalls nicht angeht werden. Sollte von Seiten der gegnerischen Regierungen ein befriedigender Antrag erfolgen, so würde er gewissenhaft geprüft und gleichmäßig erwidert werden, welche Kompensationen zu fordern wären, damit die deutschen Interessen keinen Schaden erleiden.

Das Haus tritt sofort in die erste Lesung einer Novelle zum Gesetz über die Verhaftung und Aufenthaltbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 ein. Staatssekretär Mollath: Die Vorlage soll mehrere Unzulänglichkeiten im Gesetz beseitigen. Insbesondere sollen alle Freiheitsbeschränkungen nach Maßgabe des Gesetzes über den Kriegszustand und Belagerungszustand den Vorschriften des Schutzgesetzes unterworfen und die Entscheidungsfähigkeit geregelt werden.

Wap. Wendel (Soz.): Die Schutzhaft bezieht sich besonders in Elsaß-Lothringen, ohne daß dies mit Kriegsnotwendigkeiten etwas zu tun hat. Kein Wunder, daß die zu Anfang des Krieges vorzügliche deutschfreundliche Stimmung in Elsaß-Lothringen umschlug. Mit kleinen Mitteln ist hier nichts getan. Elsaß-Lothringen ist ein autonomer Bundesstaat geworden. Wenn heute eine Volksabstimmung erfolgen würde, würden vier Fünftel der Bevölkerung sich für Frankreich entscheiden, nicht aus Verleite für die Tricolore, sondern um diesem Regiment zu entsagen.

Staatssekretär Mollath: Ich beklage den Vorredner das Recht, hier im Reichstag als Vertreter Elsaß-Lothringens aufzutreten. Kein Wort kann gefälliger sein für die Freunde der Selbstständigkeit in Elsaß-Lothringen, als das, was er eben gesprochen hat.

Hg. Wap. (Vorherr. Volksp.): Ich kann mich dem Staatssekretär nur anschließen, in dem Sinne nämlich, daß ich gewinnlos hätte.

Die Zustände in Elsaß-Lothringen
wären so, daß dieses Wort nicht gesprochen zu werden brauche. Ich hoffe, daß die Annahme des Vorredners falsch ist, aber die

Stimmung, die zu Beginn des Krieges durchaus jugendlich Deutschlands war, ist leider heute nicht mehr wie im Anfang General v. Wisberg: Die Zahl der Freiheitsbeschränkungen im Elsaß-Lothringischen Operationsgebiet, die von der zuständigen Militärbehörden auf Grund des Kriegsnotwendigkeit verhängt werden sind, beträgt fast ausschließlich nur zwei. (Zuruf: Hunderte!) Das können dann nur Leute sein, die eine Belagerung an das Militärgericht nicht erhoben haben. Sie können dann nur auf Grund des Kriegsnotwendigkeit bestraft worden sein. Seit November 1917 bis Februar 1918 sind 228 Elsaß-Lothringern in ihre Heimat entlassen worden.

Hg. Dr. Richter (natl.): Die verschiedenen Deputationen aus dem Reichsland, die die Autonomieforderung stellen, schildern die Stimmung ganz anders als der Wap. Wendel und ihnen müssen wir in erster Linie glauben. Ich beantrage Ueberprüfung des Entwurfs an die noch bestehende Wirtschaftskommission.

Hg. Götter (Zentr.): Die Entlassung muß auch bei vorübergehender Heil gewährt werden. Wap. Wendel hat der Sache, der er dienen wollte, einen schlechten Dienst geleistet (Sehr richtig!). Gemäß wird die Stimmung im Lande nicht besser geworden sein. Er ist aber nicht zu weit gegangen. Wap. Wendel (Soz.): Ich stimme der Novelle zu, wollen aber keine weitere Beschränkung der Militärbehörden. Der Wap. Wendel durfte keine Äußerung nicht tun, da er die Absichten der Entente kennt.

Hg. Herold (U. S.): Zum mindesten muß eine zeitliche Beschränkung der Schutzhaft gefordert werden. Besonders richtet sich diese gegen Angehörige der Unabhängigen Sozialdemokratie und gegen Sozialisten.

Hg. Haug (Elsässer): Wir wollen den Militärbehörden nicht das Recht nehmen, vorübergehend Personen aus dem Kriegsgebiet zu entfernen. Es müssen aber gewisse Garantien geschaffen werden. Bei einer Abstimmlung in der Elsaß-Lothringern würde die jetzige Stimmung nicht sicherlich zum Ausdruck kommen. Wenn aber der Reichstag fortgesetzt seine Pflicht tut und Elsaß-Lothringen nicht, daß es hier einen mächtigen Beschützer findet, so wird dieses sich sicherlich freudig zu Deutschland bekennen.

Der Gesandtrug wird dem Antrage Richter entsprechend einstimmig der Schutzhaftkommission übergeben. Auf Antrag Götter (Zentrum) wird darauf der Antrag auf Vernehmung der Reichspräsidentenstellen auf die Tagesordnung gesetzt, um morgen die Wahl des Präsidenten vornehmen zu können. — Der Antrag wird gegen die Parteien der Rechten angenommen, nachdem der Wap. Debeaux (U. S.) zwar die Vernehmung der Wahl der Reichspräsidenten auf drei als notwendig anerkennt, aber die Anerkennung gleicher Rechte ablehnt und der Wap. Graf v. Helldorf (Soz.) die Vernehmung überhaupt ablehnt hat. Darauf erklärte Wap. Dove (Vorherr. Volksp.), daß er nach dieser Beschlußfassung kein Amt als Vizepräsident niedergelegt.

Reichspräsident Dr. Paulke: Wenn ich diesem Beispiel folgen wollte, hätte das Haus morgen keinen Präsidenten.

Hierauf tritt die Vertagung ein. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Präsidentenwahl, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung). Schluß 12 1/2 Uhr.

Amerikas! Hunderttausende von Flüchtlingen aus den von uns besetzten Gebieten sind nach Paris gekommen und von dort weiter nach dem Süden geschoben worden. Hunderttausende von Flüchtlingen haben die Hauptstadt Frankreichs gleichfalls verlassen, aus Furcht vor deutschen Fliegerbomben und wegen der Furcht des unerträglichsten Hungerleidens. Es hat sich jetzt kein Gasten gefunden, der die rettenden Dampfer in die Schacht werfen konnte, und am Durog hat sich keine Entscheidung abgelehnt wie im September 1914. Und doch nicht als Zufallsereignis, den die Amerikaner einsinken lassen. Dabei muß jetzt schon eingestanden werden, daß die amerikanische Hilfe nicht vor Ende des Jahres eintreffen kann, während es bisher stets hieß, daß die große Millionen-Armee Wilsons noch vor Oktober auf der Westfront erscheinen würde.

So würde das Ergebnis des jüngsten Kriegsrats der Entente auch für Frankreich und England ein Eingeländnis der Ohnmacht sein, denn noch niemals haben Taten, die die gesammelte Aufmerksamkeit der ganzen Welt hervorriefen, und keine, nichtigende Worte gleich schroff gegenüber. Die Wäpfer selbst der deutschen Spionageräden liegen jedoch immer noch so sehr unter dem hypnotisierenden Einfluß des letzten Hoffens, als zu dem Kriegsrat erneut gekommen ist. Deshalb bleibt es bei dem Urteile eines neutralen Blattes: Hindenburg muß noch einmal reden!

Ein Pariser Verteidigungsausschuß.

WTB. Paris, 7. Juni. (Havas.) Ein Erlaß legt einen Verteidigungsausschuß für das versetzte Lager von Paris unter dem Vorsitz des Kriegsministers ein mit der Aufgabe, die auf der Organisation der Bewehrung und der Lebensmittelversorgung des versetzten Lagers bezüglichen Maßnahmen wahrzunehmen und zu beschleunigen. General Dubail wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses ernannt.

Neues Luftbombardement von Paris.

Paris, 7. Juni. (Reuter.) Am 6. Juni wird gemeldet: Eine Gruppe von feindlichen Flugzeugen kreuzte die französischen Städte und nahm die Richtung auf Paris. Die Wäpfer liefen sofort in Alarm. Einige Bomben wurden abgeworfen. Verluste: Ein Toter, einige Verwundete. Materialschaden wurde nicht angeteilt.

Das Luftgefecht bei Terschelling.

WTB. Berlin, 7. Juni. Am 5. Juni hatten mehrere anderer Flugzeuge mit fünf englischen Curtis-Flugbooten nordwestlich Terschelling ein langes Gefecht, bei dem ein englisches Flugboot abgeschossen wurde. Dieses Flugzeug ist nicht unter der Küste verbrannt. Drei Mann der Besatzung retteten sich an Land. Zwei weitere englische Flugzeuge wurden schwer beschädigt. Wie aus holländischen Verlautbarungen hervorgeht, sind diese Flugzeuge gezwungen worden auf Terschelling zu landen. Die Insassen haben die Flugzeuge verbrannt und wurden interniert. Aufeinander ist ein viertes englisches Flugzeug auf Westland gelandet. Sechs englische Offiziere und drei Unteroffiziere wurden in Holland interniert. Von unseren Flugzeugen geriet während des Gefechts eins in Brand und wurde später von uns zerstört. Die Besetzung wurde gerettet.

Englands Transportvorsorgen.

London, 7. Juni. (Reuter.) Der politische Mitarbeiter des „Daily Mail“ berichtet, daß die Regierung einen Entwurf für ein einheitliche Organisation der Transporte von Lebensmitteln und Rohstoffen, die die Alliierten benötigen, genehmigt hat. Es sollen fünf Ausschüsse errichtet werden, denen Vertreter Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten angehören. Der Ausschuß wird die Aufgabe haben, die Beschaffung der von ihm benötigten Artikel mit den Verantwortlichen der anderen Ausschüsse in Einklang zu bringen. Die Ausschüsse werden aus Fachmännern bestehen. Sie werden eine große Vertrauenshaft für die Erfordernisse der Alliierten haben und ihre Berichte über die Zufuhr an Rohstoffen an den Schiffahrtsminister weiterleiten, der darauf einen genaueren Bericht über die der Schiffahrt gestellten Aufgaben erhalten wird. Man will auf diese Weise den Wettbewerb in der Beschaffung von Transportmöglichkeiten ausbilden und alle wirtschaftlichen Waffen der Alliierten unter einheitliche Kontrolle stellen.

Zweierlei Soldaten in Amerika.

New York, 6. Juni. (Reuter.) Das Kriegsdepartement veröffentlicht in Erwiderung auf eine Anfrage die Erklärung, daß zwischen den Soldaten, die nicht Bürger der Vereinigten Staaten sind und solchen, die in den Vereinigten Staaten geboren oder dort als Bürger naturalisiert sind, in der amerikanischen Armee kein Unterschied gemacht wird, mit der Ausnahme, daß die ersten nicht Offiziere werden können. In jeder anderen Beziehung stehen sie auf gleichem Fuße.

Die Bombenabwürfe auf holländisches Gebiet.

Haag, 7. Juni. Bezüglich der Bombenabwürfe auf holländisches Gebiet in der Nacht des 29. Mai bei Sas Van Gent und Rossum, die zwar keine persönlichen Unglücksfälle, aber ein letztes Mal beträchtlichen Sachschaden anrichteten, gibt das Ministerium des Innern bekannt, daß durch die Unternehmung der Bombenflieger festgestellt wurde, daß die Bomben englische Ursprungs sind. Da hieraus hervorgeht, daß einige Angriffe auf belgisches Gebiet unternommen, für den Kommerz der Bomben verantwortlich sind, wurde der holländische Gesandte in London beauftragt, bei der englischen Regierung nachdrücklich gegen diese erneute Verletzung holländischen Gebietes, die stets an Zahl zunehmen und zu deren Bekämpfung die englische Regierung strenge Befehle erteilen sollte, Einpruch zu erheben. Das Ministerium weist darauf hin, daß bezüglich früherer Bombenabwürfe die englische Regierung bisher beharrt, daß englische Flieger, die Schädigen sind und daß der Gebietsaustausch hierüber fortgesetzt wird.

Das Verhalten der tschechischen Regimenter

Wien, 6. Juni. In schriftlicher Beantwortung der Interpellationen Dr. Viktor Wagners über das Verhalten einzelner tschechischer Regimenter gibt der Landesverteidigungsminister die Ergebnisse seiner Erhebungen über das Verhalten einzelner Regimenter auf Grund von Gutachten höherer Kommandanten bekannt, die jedoch nur Bruchstücke und die mehr oder weniger subjektive Auffassung der Kommandanten darstellen, welche gewiß auf Ehre und Pflicht abgeben, aber nicht immer als streng objektiv zu betrachten sind, da der herrschende Kontrast selbst in mitten der Regimenter nicht über die Ehre des Truppenkorps mit seiner persönlichen Ehre identifiziert. — Danach entspricht es nicht der Wahrheit, daß das Jüngere oder Infanterie-Regiment Nr. 36 während der Mobilisierung und des Aufmarsches gemuntert habe. Das Regiment hat sich in den ersten Kämpfen gut gehalten, später jedoch infolge großer Verluste an aktiven Offizieren und verlässlicher aller Mannschaften durch Einziehung moralisch verletzter Elemente verlagert. Das Regiment wurde am 16. Juni 1915 aufgestellt. Das Wiener Infanterie-Regiment Nr. 15 hat sich in Serbien sehr brav und tapfer gehalten und Schönes geleistet und wurde sogar im Heeresbericht erwähnt. — Bezüglich des Infanterie-Regiments Nr. 102 zählen die Tage von Kolubara zu den Ehrentagen des Regiments. Die Behauptung eines russischen Blattes bezüglich des Infanterie-Regiments Nr. 38 sind aus der Luft gegriffen und entsprechen nicht der Wahrheit. Das Wiener Infanterie-Regiment Nr. 35 verteilte die Friedensgarneisen in tadelloser Herstellung und bestand die Feuerprobe bei Tomassow glänzend. Dagegen wurde der ungenügende Gefechtsverlauf und die großen Verluste bei der 15. Infanterietruppendivision nachfolgend von Lemberg im September 1915 zum Teil durch die schlechteste Sichtung von Teilen des Infanterie-Regiments Nr. 35 verursacht. Bezüglich des Infanterie-Regiments Nr. 25 (Breg) geht aus Aussagen des Regimentekommandanten mit Sicherheit hervor, daß diese Truppe im April 1915 in Ober-Ungarn, ohne einen Schuß abzugeben, von beläufigem einem feindlichen Bataillon gefangen oder eigentlich aus ihrer Stellung abgeholt wurde. Das Regiment wurde seinerzeit aufgelöst, jedoch infolge herrergender Sichtung eines seiner Marschalkeiliche auf dem Dobrovo-Plateau im Sommer 1915 mit teilweise freigeschickter wieder aufgestellt. Leber die Sichtung der tschechischen Kriegsgefangenen und deren Teilnahme an den hochverräterischen in Rußland abgeschlossenen Kongress der Tschechen und Slowaken, sowie über die Bildung einer tschechisch-slowakischen Brigade in Rußland, die das Gegenstück zu der tschechisch-slowakischen Armee in Frankreich bildet, können die Tatsachen in den Schilderungen des in der Interpellation angeführten Berichts der „Bilshewija Wjedomosti“, der übrigens ungenügend zusammengefaßt mit dem in Paris während des Krieges erschienenen Buche „Detruisiez „Austriische-Honorie“ des nach Paris entflohenen Flieger-Dozenten Dr. Beneš, vollkommen nicht voll umfaßt werden.

Auch die Verhöre der aus der Kriegsgefangenschaft Zurückgeführten werden aller Voraussicht nach nicht jenen Grad von Klarheit erbringen, die im Interesse der Gerechtigkeit und der Monarchie erwünscht wären, wenn sie auch bisher schon sehr charakteristische Streifenlichter auf das Verhalten der Tschechen in Kriegsgefangenschaft werfen.

Die landwirtschaftliche Organisation in der Ukraine.

WTB. Kiev, 6. Juni. Zur Erreichung einer besseren Verbindung des bäuerlichen Landesbesitzes werden vom Landwirtschaftsministerium Gouvernements-Kreisauswahlgänge mit ähnlichen Funktionen wie die der Galizischen Landorganisationsauswahlgänge gebildet. Der Ministerialbescheid, die ehemaligen Kabinetsministerien in der Ukraine, 46 000 Beschäftigten, 100 000 Beschäftigten, 100 000 Beschäftigten, zu zwei Zentralfabriken, Mühlen und reichlichem Inventar, zu verstaatlichen und an das Landwirtschaftsministerium zu übergeben.

Das ukrainische Agrargesetz.

Kiev, 7. Juni. Das demnächst erscheinende Agrargesetz umfaßt ein Programm der künftigen Agrarreform, das auf legislativen Wege durchgeführt werden soll. Die Donregion macht bekannt, daß das Agrargesetz von 1917 über die Aufhebung der reichlichen und nationalen Beschränkungen für den Rohwoll- und Tannentagungs-Kreis wieder hergestellt wird. Im übrigen Staatsgebiet bleibt die Frage vorläufig offen.

Bei den ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen nahm die ukrainische Warenaustauschkommission die Entschickung Manulists an, zum Zwecke schneller Wiederherstellung des Austausches einen gemäßigten Sonderausgleich einzuführen. Ebenso wurde eine Einigung über die Eisenbahnwagen-Parks erzielt.

Demobilisierung der ukrainischen Handelsflotte.

WTB. Kiev, 7. Juni. Das ukrainische Marineministerium verfügte die Demobilisierung der gesamten Handelsflotte.

Ukrainische Antwort an Rumänien.

WTB. Kiev, 7. Juni. Die ukrainische Antwortnote wurde gestern an die rumänische Regierung abgegangen. Die Ukraine besteht darauf, daß das Rouban-Parlament zur Abstimmung über die Angliederung Bekarabens von der Bevölkerung nicht berechnigt war und daß die beherrschende Bevölkerung die Berechnung mit der Ukraine antreibt, mit der sie historisch und wirtschaftlich eng verbunden ist.

